

erst durch alle Instanzen zu laufen hätten, ehe sie eingebracht werden könnten; es wäre dies eine Beschränkung der ständischen Rechte und bloß infolge der Erklärung, welche der Abg. Leitholdt selbst bei der Berathung in der zweiten Kammer abgegeben hätte, schlossen sich dieselben dem Antrage ihrer Deputation an, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Da nun aber, ganz abgesehen von dem vorliegenden Verhältnisse, nunmehr die Zeit zu kurz ist, um einen gemeinsamen Beschluß zu Stande zu bringen, übrigens auch die hohe Staatsregierung durch die Berathung Kenntniß von der Sache erlangt und der Königliche Commissar in der Deputation erklärt hat, daß gerade bei den hier in Frage kommenden Tarifen eine Revision vorgenommen werden soll, so schlägt die Deputation der Kammer vor, den Gegenstand vor der Hand als erledigt zu betrachten und dem Beschlusse der ersten Kammer beizutreten.

Abg. Leitholdt: Durch die im verflossenen Jahre mehrfach besprochenen Beschwerden über die Fähr zu Pirna bin ich veranlaßt worden, diese Petition, obgleich dieselbe nicht aus meinem Bezirke hervorgegangen, aber Viele aus demselben betrifft, einzureichen. Ich kann mich allerdings mit dem Gutachten unsrer Deputation beruhigen. Die Sache wird zur Kenntnißnahme der Staatsregierung gelangen und dem Uebelstande abgeholfen werden. Zeither war freilich, namentlich für Arme, das zu hohe Fährgeld eine drückende Last. Die Fähr ist nun durch Pacht neuerlich in andere Hände gelegt und das Fährgeld nun schon etwas herabgesetzt worden, es wäre zu wünschen, daß es so bliebe. Eine gute Controle, Anschlagung der Taxe am passenden Orte und Bestrafung in Uebertretungsfällen würde viel beitragen, diesem Uebelstande abzuhefen.

Präsident Dr. Haase: Es scheint Niemand weiter über die Sache sprechen zu wollen. Ist die Kammer mit dem Vorschlage der Deputation einverstanden, dem Beschlusse der ersten Kammer unter vorliegenden Umständen in Bezug auf diese Petition beizutreten? — Einstimmig Ja.

Es wird zunächst der Abg. Glöckner Vortrag erstatten.

Referent Abg. Glöckner: Der vorzutragende Differenzpunkt betrifft einen von denjenigen Anträgen, welche der Abg. v. Nostitz bei Gelegenheit der Berathung des Königlichen Decrets über den Nothstand gestellt hat. Derselbe stellte damals vier Anträge, von denen jedoch nur einer in der ersten Kammer zur Berathung gekommen ist, nämlich der, welcher dahin geht: „daß das Heirathen der männlichen Bevölkerung vor dem zurückgelegten 24. Lebensjahre der Regel nach verboten sein sollte“. Die zweite Kammer hatte bezüglich dieses Antrags beschlossen, denselben der Staatsregierung zur Erwägung abzugeben und, daß das Resultat dieser Erwägung der nächsten Ständeversammlung mitgetheilt werde. Dagegen hat die erste Kammer beschlossen,

diesen Antrag auf sich beruhen zu lassen. Dies war damals der zweiten Kammer auch von der dritten Deputation vorgeschlagen worden und dieselbe ist auch dormalen nicht in der Lage, der Kammer einen andern Vorschlag zu thun; sie bleibt also bei ihrem Vorschlag stehen und rath der Kammer an, dem Beschlusse der ersten Kammer beizutreten und den betreffenden Antrag auf sich beruhen zu lassen.

Präsident Dr. Haase: Tritt die Kammer der Ansicht der Deputation bei? — Gegen 3 Stimmen Ja.

Referent Abg. Glöckner: Hiernächst waren mehrere Petitionen von der Posamentierinnung zu Annaberg, von der Schneiderinnung zu Annaberg und andern Innungen in Betreff des Heirathens der Gesellen bei der Kammer eingegangen, welche gleichzeitig mit dem von dem Herrn Abg. v. Nostitz gestellten Antrag berathen wurden. Die zweite Kammer hatte den Beschluß gefaßt: die Petitionen an die hohe Staatsregierung zur Kenntnißnahme abzugeben. Die erste Kammer hat mit Rücksicht darauf, daß die Regierung bereits erklärt hat, daß sie die Gesetzgebung über das Gesellenheirathen einer Revision unterwerfen werde, beschlossen, die Petitionen einfach für erledigt anzusehen, ohne dieselben noch der Regierung zur Kenntnißnahme mitzutheilen, die Differenz betrifft also bloß den letzten Punkt, daß die Petitionen nicht zur Kenntnißnahme der Regierung mitgetheilt werden sollen. Die Deputation rath der Kammer an, dem Beschlusse der ersten Kammer beizutreten.

Präsident Dr. Haase: Wenn Niemand etwas dagegen zu erinnern hat, so frage ich, ob die Kammer dem Rathe ihrer Deputation beitrete? — Gegen 2 Stimmen.

Referent Abg. Glöckner: Der Herr Abg. Behr hat in der Sitzung vom 12. Mai d. J. in der zweiten Kammer folgenden Antrag gestellt:

„Die Kammer wolle im Verein mit der ersten Kammer die hohe Staatsregierung ersuchen:

- a) Baldthunlichst ein Gesetz vorzubereiten, durch welches ein weniger lockeres, den Arbeiter vor plötzlichem Mangel, sowie den Arbeitgeber vor den Willkürlichkeiten seiner Arbeiter schützendes Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter hergestellt werden.
- b) In Erwägung zu ziehen, inwieweit gesetzliche Bestimmungen dahin zu treffen sein möchten, daß aus Beiträgen der Arbeiter und Arbeitgeber ein Fonds gebildet werde zur Unterstützung arbeitsunfähiger Arbeiter, auch wenn thunlich von Witwen und Waisen, sowie, ob nicht die Einrichtung zweckmäßig erscheine, den weiblichen Arbeitern durch Lohnabzüge ein kleines Capital zu sammeln, welches ihnen bei ihrer Verheirathung oder in einem gewissen Lebensalter ausgehändigt würde.“

Die dritte Deputation ist mit einem Königlichen Commissar hierüber in Vernehmung getreten und hat die Anträge auch selbstständig erwogen. Der Herr Commissar hat in der Deputationsitzung folgende Erklärung abgegeben: